

Niederschrift

BaMo/002/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Bau- und
Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine
am 19.02.2026

Die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Christian Jansen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied/Vorsitzender
-----------------------	-----------------------	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzende
Herr Lutz Albers	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Maik Bierbaum	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Mark Brandt	AfD	Ratsmitglied
Herr Herbert Bühner	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Herr Sven Finke	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Frank Grundke	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Heeke	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Heike Hollmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Stephan Huesmann	FDP/UWG	Sachkundiger Bürger
Herr Heiko Isfort	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied
Herr Lukas Rauß	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr Georg Schmehl	AfD	Ratsmitglied
Herr David Steinemann	AfD	Ratsmitglied
Frau Annelie Wellmann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin

beratende Mitglieder:

Herr Dr. Lothar Kurz	Ehrenamtlich Beauftragter für Bodendenkmalpflege
Frau Stefanie Remberg	Ehrenamtliche Beauftragte f. Baudenkmalpflege

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Franz-Josef Hesping	Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat
Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung

Vertreter:

Herr André Cormann	CDU (Volt)	Vertretung für Frau Laura- Jane Klein
Herr Hans Havers	CDU	Vertretung für Herrn Markus Tappe
Herr Andreas Neumann	FDP/UWG	Vertretung für Herrn Heiko Schomaker
Herr Adrian Ströher	SPD	Vertretung für Frau Sarah Spill

Gäste:

Frau Matianis	Projektsteuerung pm.a
---------------	-----------------------

Verwaltung:

Herr Mark Dieckmann	Beigeordneter
Frau Elke Jaske	Fachbereichsleiterin Planen und Bauen
Herr Thomas Roling	Produktverantwortlicher Mobilitäts- und Verkehrs- planung
Herr Rüdiger Elbers	Straßenverkehrsbehörde
Frau Andrea Mischok	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Laura-Jane Klein	CDU (Volt)	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	FDP/UWG	Ratsmitglied
Frau Sarah Spill	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied

Herr Jansen eröffnet die heutige Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses der Stadt Rheine.

Es stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Herr Schaper stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 12 – Rückbau der Bahnüberführung zwischen Karolinenstraße und Hedwigstraße – aufgrund von weiterem Beratungsbedarf von der Tagesordnung zu nehmen.

Herr Dieckmann erklärt hierzu, dass die Stadt Rheine seitens der Bahn gebeten worden sei, sich zu erklären. Er weist darauf hin, dass man spätestens im nächsten Ausschuss einen Beschluss fassen müsse. Er weist darauf hin, dass die Sicht der Verwaltung sehr klar sei.

Herr Jansen erklärt, dass es zwei Möglichkeiten gebe, weiter zu verfahren. Zum einen könne man den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung nehmen, zum anderen könne man noch einmal darüber sprechen und Informationen von der Verwaltung erfahren und danach den Tagesordnungspunkt auf die kommende Sitzung vertagen.

Herr Schaper stimmt dem zu und zieht seinen Antrag zurück.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung am 04.12.2025

Herr Isfort erklärt, dass man einstimmig abgestimmt habe, dass auch, wenn die temporäre Ampel an der Sandkampstraße komme, die Tempo-30-Zone aufgehoben werde. Er bittet, dies in der Niederschrift zu korrigieren.

Herr Roling erklärt, dass im Beschlussvorschlag die Empfehlung an die Straßenverkehrsbehörde gegangen sei, die Tempo-30-Zone in dem Bereich aufzuheben.

Herr Elbers erklärt, dass es eine Besprechung mit dem zuständigen Bauleiter der Kreisverkehrsbaustelle gegeben habe und entschieden worden sei, dass die Tempo-30-Regelung im Bereich der Baustellenampel Sandkampstraße/Baarentelgenstraße verändert werden solle, wenn auch die Ampelanlage entfernt werde. Er weist darauf hin, dass die Tempo-30-Beschilderung vom Venhauser Damm in Richtung „2M Recycling“ zur Zufahrt Sandkampstraße bzw. Baarentelgenstraße bestehen bleiben solle. Auch in der Gegenrichtung, von der Birkenallee bis zur Zufahrt

„2M Recycling“ (Eingang Stichweg Sandkampstraße) bzw. Baarentelgenstraße, soll die Tempo-30-Zone bestehen bleiben.

Herr Isfort weist darauf hin, dass es bei seiner Frage um die Situation Höhe der Firma berbel Ablufttechnik gehe. Dort sei die Zone 30 km/h im Hinblick auf die Caritas-Werkstätten eingerichtet worden. Jetzt, da eine temporäre Ampelanlage eingerichtet worden sei, sehen sie keine Notwendigkeit mehr, an der Stelle eine Tempo-30-Zone aufrecht zu erhalten.

Dies sei im Protokoll nicht eindeutig dargestellt gewesen.

Zur 30er Regelung im Bereich Sandkampstraße/Düsterbergstraße berichtet Herr Elbers, dass es einen anderen Beschluss gebe. Man habe darüber gesprochen und möchte die temporäre 30 km/h beibehalten, bis die Ampelanlage tatsächlich gebaut werde. Gründe hierfür seien, dass es bei der Baustellenampel keine akustischen Signale und zudem nur Baustellenmarkierungen auf der Straße gebe. Ihnen sei wichtig, dass die Tempo-30-Zone erst einmal bleibe. Ein weiterer Grund hierfür sei auch, dass es im weiteren Verlauf der Straße noch eine Tempo-30-Regelung gebe, die auch aufgrund eines Lerninstitutes für beeinträchtigte Menschen bestehen bleibe.

Herr Jansen möchte wissen, ob aus Sicht von Herrn Isfort eine Änderung am Protokoll noch vorgenommen werden müsse.

Herr Isfort erklärt, dass die Ausführungen in der Niederschrift inhaltlich richtig seien. Er habe gerade vernommen, dass es Informationen gab, die ihnen zur letzten Sitzung nicht vorgelegen haben. Aufgrund dessen müsse die Niederschrift aus seiner Sicht nicht geändert werden.

Die Niederschrift ist somit genehmigt.

2. Informationen der Verwaltung

1. Änderungen zum Haushaltsplan 2026

Herr Dieckmann gibt Änderungen zum Haushaltsplan 2026 bekannt, die in diesem Kreis nur zur Information gegeben werden:

Unterhaltungsmaßnahmen	- 2,1 Mio. Euro
Mieteinnahmen	- 318.300 Euro
Parkraumkonzept	- 600.000 Euro (Grund: Ermächtigungsübertragungen aus 2025)
Unfallschäden	+ 45.000 Euro

2. Standardleistungsbuch Schulhofgestaltung

Mark Dieckmann berichtet, dass verwaltungsintern ein Standardleistungsbuch zur Schulhofgestaltung erarbeitet worden sei, welches Aspekte wie Entsiegelung, Klimaresilienz und Pflege des Schulhofes enthalte. Dieses Konzept sei in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen 5 und 8 sowie der TBR entwickelt worden, um eine einheitliche Umsetzung zu gewährleisten. Diese Information sei dem Schulausschuss in der letzten Sitzung auch mitgeteilt worden.

3. Umbaumaßnahmen an der Michaelschule

Herr Dieckmann informiert über die Umbaumaßnahmen an der Michaelschule. Er weist darauf hin, dass durch einen Beschluss aus dem Jahre 2022, die bestehende Gasheizungsanlage durch

eine Sole-Wasser-Wärmepumpe ersetzt werden solle. Aufgrund fehlerhafter Planungsangaben des Ingenieurbüros, müsste die Dimensionierung der neuen Heizungsanlage angepasst werden, was allerdings die geplanten Kosten weit überschreiten würde. Um den finanziellen Mehraufwand im Rahmen zu halten, werde man die Sole-Wasser-Wärmepumpe umsetzen und diese durch ein klein dimensioniertes Blockheizkraftwerk ergänzen. Andere Möglichkeiten für eine Ergänzung seien aufgrund von Mehrkosten verworfen worden.

4. Ereignismeldesystem

Frau Jaske informiert anhand einer Präsentation über das Ereignismeldesystem (Anlage zur Niederschrift), welches seit Mai 2022 in Betrieb sei. Sie erläutert einzelne Werte und weist darauf hin, dass die häufigsten Meldungen ausgefallene Leuchten, wilde Müllkippen und Straßenschäden betreffen würden. Sie betont, dass das System gut funktioniere und weiter ausgebaut werden solle.

5. Anfragen und Anregungen der Ausschussmitglieder

Frau Jaske stellt eine digitale Lösung für Anfragen und Anregungen von Mandatsträgern vor (Anlage zur Niederschrift). Sie weist darauf hin, dass diese die früher genutzten gelben Zettel ersetzen würden. Über die Internetseite der Stadt Rheine können Mandatsträger ihre Anliegen digital einreichen, die dann an die zuständigen Sachbearbeiter weitergeleitet werden. Frau Jaske lädt die Mandatsträger ein, diese Möglichkeit zu nutzen, um die Bearbeitung zu erleichtern und effizienter zu gestalten.

6. Kanalbaumaßnahme „Diekbrede“

Herr Roling informiert über die geplante Kanalbaumaßnahme „Diekbrede“. Er weist darauf hin, dass im Zuge der Kanalbauarbeiten gleichzeitig die gesamte Fahrbahndecke saniert werde. Diese Gelegenheit werde man nutzen, um die Oberflächenmarkierung neu zu gestalten und die Radwegführung zu optimieren. Dies betreffe die Zu- und Ableitung der Radwege zur Osnabrücker Straße und in die Diekbrede hinein.

Herr Murali erkundigt sich, ob auch diese Straße als 30er-Zone ausgewiesen werden könne, da es sich hier auch um einen Schulweg handle.

Herr Roling antwortet, dass die Diekbrede schon als Tempo-30-Strecke ausgewiesen sei. Er hebt hervor, dass es unerheblich sei, ob die Regelung als „Strecken-30“ oder „Zone-30“ umgesetzt werde, solange die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h gelte.

Herr Murali möchte wissen, ob in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit des Umbaus zur Fahrradstraße geprüft werden könne.

Herr Roling erklärt, dass ein solcher Umbau derzeit nicht vorgesehen sei.

7. Fußgängerrampel/Bushaltestelle im Bereich Sandkampstraße/ Düsterbergstraße

Herr Roling informiert, dass aktuell durch die VSR geprüft werde, ob eine Buslinie in die Düsterbergstraße geführt werden könne, um die Caritas-Werkstätten anzubinden. Das Ergebnis dieser Untersuchung stehe noch aus. Sobald dieses vorliege, werde er darüber berichten, da es Aus-

wirkungen auf den damaligen Beschluss haben könne, ob man die Ampel dauerhaft installieren solle oder ob diese dann nicht mehr benötigt werde.

Herr Isfort bedankt sich und erklärt, dass die bisherigen Ausführungen nachvollziehbar seien, insbesondere in Bezug auf die Beibehaltung der Tempo-30-Zone. Er fragt nach einem groben Zeitplan für die Installation der endgültigen Ampelanlage. Zudem äußert er Kritik daran, dass diese Informationen nicht bereits in der letzten Sitzung vorgelegen haben. Er erinnert daran, dass es zu Unklarheiten gekommen sei, die durch die Anwesenheit von Herrn Elbers hätten vermieden werden können. Herr Isfort regt an, eine organisatorische Lösung zu finden, um solche Situationen künftig zu vermeiden.

Herr Dieckmann stimmt zu, dass in diesem speziellen Fall die Anwesenheit von Herrn Elbers hilfreich gewesen wäre. Er betont jedoch, dass die Abläufe in der Regel zu 95 % gut funktionieren.

Herr Roling ergänzt, dass das Leistungsverzeichnis für die Ausschreibung der Ampelanlage vorbereitet sei. Wenn die Entscheidung für eine dauerhafte Ampel getroffen werden sollte, würde man die Ausschreibung, je nach Haushaltslage, veröffentlichen. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung könne er keine genaueren Angaben zum Zeitrahmen machen.

3. Informationen der Straßenverkehrsbehörde

1. Sichtbehinderung im Bereich der Meisenstraße/Jägerstraße Anfrage von Herrn Murali

Herr Elbers informiert, dass die Sichtbehinderung im Bereich Meisenstraße/Jägerstraße, die durch eine Leitbarke verursacht wurde, behoben sei.

2. Parkende Fahrzeuge am Dorfplatz Mesum bzw. dem alten Amtsgebäude in Mesum Anfrage von Frau Achterkamp

Zur Anregung von Frau Achterkamp, am Dorfplatz Mesum bzw. dem alten Amtsgebäude Informationsschilder anzubringen, die auf das taktile Leitsystem hinweisen sollen, erklärt Herr Elbers, dass man dies im Arbeitskreis Verkehr diskutiert habe. Man habe sich gegen die Anbringung einfacher Hinweisschilder entschieden. Stattdessen sei der Vorgang an die Koordinationsstelle für Behinderte und dem Beirat für Menschen mit Behinderung weitergeleitet worden, um eine öffentlichkeitswirksame Lösung zu erarbeiten.

Herr Meier erklärt, dass der Dorfplatz Mesum als Shared Space Fläche im Rahmen des Barrierefreien Konzeptes eingestuft worden sei, wo keine verkehrsregulierenden Zeichen vorgesehen seien. Bereits im Jahr 2019 habe man in einer Stellungnahme auf die Problematik hingewiesen. Im Jahr 2023 habe es eine Kampagne gegeben, bei der Flyer an die Anlieger verteilt worden seien, um auf dieses Problem hinzuweisen. Herr Meier weist darauf hin, dass das Problem durch den Arbeitskreis Verkehr und den Bauausschuss verursacht worden sei und jetzt der Beirat für Menschen mit Behinderung eine Lösung herbeiführen solle. Er erklärt, dass es schon Gespräche mit Herrn Elbers gegeben habe, es aber nicht einfach sei, dort Falschparker zu sanktionieren, da keine ausgewiesenen Parkflächen existieren und die Fahrbahn durch eine differenzierte Bodenfläche teilweise abgetrennt sei. Herr Meier weist darauf hin, dass für die kommende Woche die Erstellung eines Konzeptes geplant sei, die Presse mit eingeschaltet werden soll und Flyer an

betroffene Fahrzeuge verteilt werden sollen. Ob diese Maßnahme langfristig wirksam sei, bezweifle Herr Meier allerdings.

Frau Achterkamp sei enttäuscht über die bisherige Überprüfung und kritisiert, dass die bestehenden Probleme so nicht erkannt werden und die Verantwortung lediglich weitergereicht werde. Sie weist darauf hin, dass die barrierefreie Gestaltung der Straße damals im Bauausschuss beschlossen worden sei. Sie räumt allerdings ein, dass sie heute möglicherweise anders entscheiden würde. Frau Achterkamp weist darauf hin, dass die farbige Abgrenzung der Straßen- und Fußgängerflächen ursprünglich vorgesehen gewesen, jedoch trotz Nachbesserung, kaum noch erkennbar seien. Sie verweist auf die Witterungseinflüsse, die die Pflasterung zusätzlich beeinträchtigt haben und auf die Tatsache, dass es sich um einen stark frequentierten Knotenpunkt handle, an dem viele Kinder vorbeikommen. Die Kurve werde von Autofahrern häufig geschnitten, was eine Gefahr für die Kinder darstelle. Die Polizistin, die das Fahrradtraining durchführe, bestätigt diese Gefahrenstelle. Als mögliche Maßnahme schlägt Frau Achterkamp vor, beispielsweise Rundsteinkanten zu installieren, wie sie in den Niederlanden verwendet werden. Auch die Anbringung eines Hinweisschildes an der Hauswand sei eine kostengünstige Option. Sie kritisiert, dass das Thema immer wieder vertagt werde und hebt hervor, dass Kinder nicht lernen können, mit der Rücksichtslosigkeit der Autofahrer umzugehen. Aufgrund dessen seien Maßnahmen dringend notwendig.

Herr Elbers schlägt vor, ihren Vorschlag an die technischen Betriebe weiterzuleiten, damit die Umsetzbarkeit geprüft werden könne.

Herr Isfort äußert sein Unverständnis darüber, dass das Thema sei 2019 immer wieder diskutiert werden müsse, ohne dass eine Lösung umgesetzt worden sei.

3. Emstorplatz und die Straße Diekbrede

Herr Schaper erklärt, dass er als Anwohner des Emstorplatzes und der Straße Diekbrede darauf hinweisen möchte, dass in der Straße Diekbrede keine 30 km/ gefahren würde und man sich hierüber unterhalten müsse, wenn die Straße fertiggestellt sei.

Er berichtet weiter, dass auf dem Emstorplatz unerwartet viel Betrieb herrsche. Insbesondere schildert er, dass regelmäßig gegen 3:00 Uhr morgens der Parkplatz zum „Driften“ genutzt werde, was er als lautes Fahren im Kreis bei angezogener Handbremse beschreibt. Dies habe sich verstärkt, seit dem der Platz vereist gewesen sei. Er möchte wissen, ob es Möglichkeiten gebe, diesem Verhalten entgegenzuwirken.

Herr Elbers führt aus, dass die Überwachung des fließenden Verkehrs in den Zuständigkeitsbereich der Polizei gehöre. Man könne dies der Polizei melden, wobei diese dann, sofern die personellen Ressourcen vorhanden seien, Maßnahmen zur Überwachung und Kontrolle ergreifen.

4. Ampelanlage an der Sandkampstraße

Herr Murali äußert Kritik an der Ampelanlage an der Sandkampstraße. Er berichtet, dass die Ampelanlage rund um die Uhr in Betrieb sei, was insbesondere nachts, wenn kaum Verkehr herrsche, zu unnötigen Wartezeiten führe. Er möchte wissen, ob der durchgehende Betrieb der Ampelanlage notwendig sei, da diese ursprünglich eingerichtet worden sei, um den sicheren Abfluss vom LKW-Verkehr zu gewährleisten. Weiter spricht er die vorhandene 30er-Zone an und begrüßt die Überprüfung, da diese seiner Meinung nach den Verkehrsfluss behindere und außerdem kaum eingehalten werde.

Herr Roling erklärt, dass es sich um zwei Ampelanlagen handle und berichtet von einem aktuellen Termin mit der Bauleitung des Kreisverkehrsplatzes. Von dort seien die mobilen Ampelanlagen an der Baarentelgenstraße und auch die 30er-Zone eingerichtet worden. Nach aktuellem Stand solle die Ampelanlage zurückgebaut werden, da sie in der bestehenden Form nicht erforderlich sei. Ein Teil der 30er-Zone werde weiter bestehen bleiben, um den Verkehr weiterhin geordnet abwickeln zu können. Er gehe davon aus, dass sich das Problem dann damit erledigt habe.

4. Einwohnerfragestunde

Bürger 1

Bürger 1 fragt zum TOP 12 – Rückbau der Bahnüberführung zwischen Karolinenstraße und Hedwigstraße, warum die Bürgerinnen und Bürger erst aus der Zeitung relevante Informationen erfahren und ob der Verwaltung statische Berechnungen zur Abgängigkeit der Bahnüberführung vorliegen.

Herr Dieckmann erklärt, dass die Zeitung aufgrund der öffentlich zugänglichen Vorlage informiert habe und dass die Sitzungen ebenfalls öffentlich seien. Hierdurch werde der Informationsbedarf gedeckt. Zur zweiten Frage führt er aus, dass der Verwaltung gutachterliche Aussagen zur Bausubstanz von der Deutschen Bahn vorliegen, welche Einschätzungen eines Statikers enthalten und die Grundlage für die Bewertung einschließlich des Beschlussvorschlages seien.

Bürger 2

Bürger 2 thematisiert die Verkehrssituation in der Immermannstraße und verweist auf einen Ratsbeschluss aus dem Vorjahr, wonach die Buslinie C 6 nicht mehr über die Immermannstraße fahren solle. Dies sei im Liniennetzplan so aufgenommen worden, wobei zum jetzigen Zeitpunkt mehr Busse die Immermannstraße (C 6 und C 7) befahren als vorher. Er möchte wissen, warum diese Busse jetzt doch dort fahren.

Herr Dieckmann erklärt, dass er mit Bürger 2 bereits telefoniert habe und er per E-Mail umfassend diese Fragen beantwortet habe.

Bürger 2 betont, dass er keine Rückmeldung erhalten habe, warum die Busse dort fahren würden.

Herr Dieckmann weist darauf hin, dass er Bürger 2 alle Informationen zur Verfügung gestellt und auch mitgeteilt habe, dass der Sachverhalt somit geklärt sei.

Erst einmal müssen die baulichen Maßnahmen des politischen Beschlusses umgesetzt werden. Die Frage, warum die Immermannstraße für den Busverkehr noch genutzt werde, müsse er direkt an die Verkehrsgesellschaft stellen.

Bürger 2 spricht anschließend die Sicherheit an der Einmündung zur Thomas-Mann-Straße in die Immermannstraße an, da die Immermannstraße von der Thomas-Mann-Straße nicht einsehbar sei. Er schlägt vor, einen Poller vor der Einmündung zu platzieren, um die Sicherheit der Kinder zu erhöhen.

Herr Dieckmann erklärt, dass die baulichen Maßnahmen entsprechend des gültigen politischen Beschlusses umgesetzt werden, er werde aber seinen Vorschlag zur Prüfung mitnehmen.

Weiter verweist Bürger 2 auf die Wolfgang-Borchert-Straße, die auch auf die Immermannstraße einmünde. Er weist darauf hin, dass Pkws dort schnell in die Immermannstraße hereinfahren und schlägt weitere Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung vor.

Herr Dieckmann erklärt, dass die bauliche Umsetzung auch hier gemäß dem Beschluss des Bau- und Mobilitätsausschusses erfolgen werde.

5. Eingaben

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

6. Vorstellung des Denkmalpflegeberichtes 2025

Frau Remberg und Herr Dr. Kurz stellen den Denkmalpflegebericht 2025 anhand einer Präsentation vor. (Anlage zur Niederschrift –Präsentation - Denkmalpflege in Rheine 2025)

7. Vorstellung der aktuellen Terminplanung Rathauszentrum Vorlage: 089/26

Herr Dieckmann erläutert, dass Frau Matianis die Details der Planung präsentieren werde. Er berichtet, dass das Rathauszentrum II mittlerweile von 73 Mitarbeitenden sowie dem Verwaltungsvorstand bezogen worden sei.

Frau Matianis begrüßt die Anwesenden und führt aus, dass die Terminplanung seit Freigabe des Entwurfes kontinuierlich fortgeschrieben worden sei. Sie erklärt, dass das Rathauszentrum II fast fertiggestellt sei und die Sanierung des Rathauszentrum I in vollem Gange sei. Der derzeitige Terminplan sehe eine Gesamtfertigstellung im vierten Quartal 2027 vor. Der angestrebte Fertigstellungstermin sei derzeit November 2027, wobei eine frühere Fertigstellung möglich sei, falls die Arbeiten zügiger voranschreiten und keine altersbedingten Baumängel auftreten.

Herr Meier erklärt, dass er Bedenken hinsichtlich der Barrierefreiheit des Gebäudes habe. Er weist darauf hin, dass die Behindertentoilette in der Bücherei nicht den Vorgaben des barrierefreien Konzeptes entspreche. Zudem kritisiert er, dass die Hörschleife im Besucherbereich des Multifunktionssaales nicht durchgängig eingebaut worden sei, was dazu führe, dass Besucher mit Hörunterstützungsbedarf keine adäquate Unterstützung erhalten würden. Er fragt nach, wie es zu diesen Mängeln kommen könne und ob dies nachgebessert werde.

Herr Dieckmann erklärt, dass, während seiner Zuständigkeit keine abweichenden Entscheidungen getroffen worden seien. Die Anregungen zur Behindertentoilette und der Hörschleife nehme er zur Überprüfung der Differenzen zwischen Planung und Ausführung mit.

Weiter berichtet Herr Dieckmann, dass die Restarbeiten sowie die Mängelbeseitigung fortgeführt werden. Zudem informiert er, dass im Rathauszentrum I die Entkernungsarbeiten begonnen haben. Im Übergangsbereich zwischen Rathauszentrum I und II seien die Fliesenarbeiten abgeschlossen, jedoch müsse noch eine Treppe mit Fliesen versehen werden, um den Zugang zwischen den beiden Gebäudeteilen herzustellen. Mit dem Umzug in die Räume des Rathauszentrum II habe man den notwendigen Raum geschaffen, um die Arbeiten im Rathauszentrum I voranzutreiben. Herr Dieckmann hebt hervor, dass es im Bereich des Rathauszentrums I noch einen Teileigentümer gebe, zu dem ein guter Kontakt bestehe. Auf Wunsch des Teileigentümers

habe man das Thema Fassadenerneuerung aufgegriffen, obwohl dies ursprünglich nicht Teil des Projektes gewesen sei. Die Notwendigkeit der Fassadenerneuerung begründet er mit dem Alter der Fassade von 50 Jahren sowie dem Zustand der Türbeschläge und der technischen Gebäudeausstattung. Er informiert, dass der Auftrag zur Fassadenerneuerung bereits vergeben worden sei und die beauftragte Firma mit den Arbeiten begonnen habe.

Beschluss:

Der planungs- und baubegleitende Ausschuss nimmt den aktuellen Stand der Terminplanung zur Kenntnis.

Geändert:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den aktuellen Stand der Terminplanung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**8. Vorstellung des aktuellen Kostenstandes Rathauszentrum
Vorlage: 106/26**

Frau Matianis erklärt anhand des Kostendashboards den aktuellen Kostenstand.

Herr Jansen fragt, wie viele Gewerke zum jetzigen Stand abgeschlossen seien.

Frau Matianis erklärt, dass lediglich die Demontearbeiten zu Beginn abgeschlossen wurden. Die übrigen Gewerke werden erst mit der Gesamtfertigstellung schlussgerechnet, weshalb eine solche Übersicht derzeit nicht vorliegen würde.

Herr Dieckmann ergänzt, dass immer wieder Arbeiten bei schwerwiegenden Mängeln in der Bausubstanz, erforderlich seien.

Herr Beckmann fragt nach der aktuellen personellen Situation.

Herr Dieckmann erklärt, dass er das Thema im nichtöffentlichen Teil der Sitzung noch einmal aufnehmen werde.

Herr Finke fragt nach einer Übersicht der Leistungsbeschreibungen im Vergleich zu Planungsbeginn und dem aktuellen Stand. Er möchte wissen, ob und welche Leistungen gestrichen oder verschoben worden seien, um das Budget einhalten zu können.

Herr Dieckmann erklärt, dass es Veränderungen in den Leistungsverzeichnissen gebe, diese jedoch ausführlich dokumentiert werden. Die Datenmenge, die aufgrund der langen Laufzeit und des Umfangs der Maßnahme anfalle, sei erheblich. Er hebt hervor, dass allerdings der Dialog mit den Firmen mittlerweile überwiegend gut funktioniere, wodurch weitere Verzögerungen reduziert werden könnten.

Herr Jansen schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass das Thema regelmäßig auf die Tagesordnung genommen werde, um Transparenz über den Bauverlauf und die Kostenentwicklung zu haben.

Frau Matianis bedankt sich und sichert weiterhin ihre Unterstützung zu.

Beschluss:

Der planungs- und baubegleitende Ausschuss nimmt den aktuellen Kostenstand des Projektes zur Kenntnis.

Geändert:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt den aktuellen Kostenstand des Projektes zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**9. Verbesserung der Reinigungsqualität an Schulen - Antrag der Fraktionen CDU und FDP
Vorlage: 008/26**

Herr Jansen gibt zunächst den Antragstellern der CDU und FDP-Fraktion die Möglichkeit sich zu äußern.

Herr Beckmann erklärt, dass der Beschlussvorschlag eine Evaluation und Überprüfung der Reinigungsleistungen vorsehe. Er lobt die detaillierte Ausarbeitung der Vorlage und schlägt vor, die Verwaltung zunächst zu hören, bevor man in die Diskussion gehe.

Frau Jaske weist darauf hin, dass die Vorlage bereits im Schulausschuss besprochen worden sei, wobei dort ein alternativer Beschluss gefasst wurde, der einen anderen Auftrag an den Bauausschuss beinhalte. Frau Jaske erklärt, dass ein gemeinsamer Bau- und Mobilitätsausschuss mit dem Schul-, Bildungs-, und Sportausschuss am 23.09.2026 stattfinden solle, wo detaillierte Informationen zu Qualitätsstandards, Checklisten und Prozessen vorgestellt werden sollen. Die eigentliche Evaluation der Reinigungsleistungen solle jedoch weiterhin Anfang 2027 erfolgen, damit eine fundierte Datenbasis gewährleistet werden könne.

Herr Beckmann ergänzt, dass es klarer Vorgaben bedürfe und verweist auf die Bedeutung von Serviceberichten, die von den Verantwortlichen wie z. B. Hausmeistern kontrolliert und unterschrieben werden müssen. Dann erst dürfen Zahlungen an den Dienstleister erfolgen. Zudem weist er auf die veränderte Marktsituation im Facility-Management hin, die es ermöglichen, unzureichende Leistungen konsequenter zu sanktionieren.

Herr Dieckmann stimmt den Ausführungen von Herrn Beckmann zu und bestätigt, dass Leistungen konsequent einzufordern seien. Er berichtet, dass nach der Kündigung alter Verträge im Oktober 2025 zwei neue Firmen beauftragt wurden, deren Leistungen bis jetzt deutlich besser seien. Er weist darauf hin, dass bei Mängeln bereits Kürzungen vorgenommen worden seien, was sich motivierend auf die Leistungen ausgewirkt habe.

Herr Jansen stellt abschließen den alternativen Beschlussvorschlag vor.

Zur gemeinsamen Sitzung, die Frau Jaske erwähnt habe, weist Herr Burmeister darauf hin, dass diese Änderung eine Anpassung der Sitzungsplanung erfordere.

Herr Dieckmann erklärt, dass die Information über die Anpassung des Sitzungsplanes bereits vorliege und entsprechend eingepflegt und bekannt gemacht werden müsse. Er weist darauf hin, dass es einmal im Jahr üblich sei, eine gemeinsame Sitzung durchzuführen, bei der der Bau-

und Mobilitätsausschuss federführend sei. Nach der gemeinsamen Sitzung werde man dann in den kleinen Ratssaal wechseln, wobei die Entscheidung über den genutzten Raum von der Anzahl der Zuhörerinnen und Zuhörer, sowie den auf der Tagesordnung stehenden Punkte abhängig sei.

Geänderter Beschluss:

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung, die Reinigungsleistungen der Fremdfirmen zu evaluieren. Hierbei sind sowohl die Beschwerden über die Art der Mängel als auch die genutzten Sanktionsmöglichkeiten zu dokumentieren. Über die Ergebnisse der Evaluation wird Anfang 2027 im Ausschuss berichtet.

Zudem werden, im Rahmen der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport, am 23.09.2026 detaillierte Informationen zu den Qualitätsstandards wie Reinigungsintervalle und Reinigungsumfang inkl. der Checklisten zur Überprüfung der Reinigungsleistungen vorgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei
3 Enthaltungen

10. Erhaltungsaufwand an städtischen Gebäuden 2026 Vorlage: 011/26

Herr Dieckmann erklärt, dass der Erhaltungsaufwand an städtischen Gebäuden regelmäßig thematisiert werde. Es gehe darum, genug zu investieren, um einen Substanzverzehr an den Gebäuden zu verhindern. Er weist darauf hin, dass die Stadt Rheine seit Jahren intensiv in die Gebäudesubstanz investiere, insbesondere in die Schulen, wobei dies sowohl finanziell tragbar als auch umsetzbar bleiben müsse.

Herr Beckmann stimmt den Ausführungen von Herr Dieckmann zu und bestätigt, dass in den letzten Jahren viel unternommen wurde, um den Zustand der Gebäude zu verbessern. Er weist jedoch darauf hin, dass es wichtig sei, dies durchgehend im Auge zu behalten und Situationen, wie im Rathaus mit veralteter Technik, zu vermeiden.

Herr Beckmann hebt die Bedeutung einer CAFM-Software (Computer-Aided Facility Management) hervor, die durchgehend gepflegt werden müsse, um langfristig eine fundierte Planung für die Instandhaltung der Gebäude zu ermöglichen.

Herr Dieckmann bestätigt, dass die Software zunächst mit Daten gefüttert werden müsse, bevor sie effektiv genutzt werden könne. Er erklärt, dass noch Jahre vergehen würden, bis alle relevanten Informationen erfasst seien, um dann die daraus resultierenden Vorteile nutzen zu können.

Herr Jansen regt an, in einer zukünftigen Sitzung den Stand der Befüllung der Software vorzustellen, um die Fortschritte zu überprüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Herr Burmeister fragt zu den finanziellen Mitteln für die Petrikerkirche und deren Nutzungskonzept.

Herr Dieckmann erklärt, dass die derzeit bereitgestellten Mittel ausschließlich für die Sanierung der Fassade und der Dachkonstruktion vorgesehen seien. Für eine zukünftige Nutzung der Kirche seien weitere Maßnahmen erforderlich, die jedoch von einer tragfähigen und finanzierbaren Idee abhängig seien.

Herr Jansen stellt den Beschlussvorschlag vor, der neben der Kenntnisnahme der Ausführungen zum Erhaltungsaufwand auch die Beauftragung der Verwaltung umfasse, in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport den Stand der Gebäudeunterhaltung und der CAFM-Software vorzustellen.

Geänderter Beschluss:

1. Der Bau- und Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2026 zur Kenntnis.
2. *Der Bau- und Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung in der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Schule, Bildung und Sport am 23.09.2026 den Sachstand der laufenden Gebäudeunterhaltung des Jahres 2026 sowie den Stand der Erfassung der städtischen Gebäude in die Gebäudemanagement-Software vorzustellen.*

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Antrag SPD-Fraktion: Prüfung zur Einführung eines Ampelmännchens mit der lokalen Sagenfigur „Bote Veit“ Vorlage: 092/26

Herr Schaper stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor. Er erläutert, dass der „Bote Veit“ eine prägende Figur der kulturellen Identität von Rheine und an vielen Orten in der Stadt präsent sei. Er führt aus, dass es in vielen Städten Deutschlands wie Schwerin und Hameln mittlerweile üblich sei, individuelle Ampelmännchen zu gestalten und möchte dies auch für Rheine umsetzen. Herr Schaper dankt der Verwaltung für die ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema und hebt hervor, dass man in der Verwaltungsvorlage auf die rechtlichen Rahmenbedingungen eingegangen sei. Man sehe ein rechtliches Problem bei der Darstellung des roten Männchens. Er betont, dass die SPD-Fraktion ein rotes und ein grünes Ampelmännchen wünsche, das klar den „Boten Veit“ darstelle und schlägt vor, die Beschlussvorlage entsprechend anzupassen. Mit dem Standortvorschlag seien sie einverstanden.

Herr Isfort äußert sich ebenfalls positiv zu dem Vorschlag und erklärt, dass seine Fraktion die Idee eines grünen Ampelmännchens in Form des „Bote Veit“ unterstütze. Auch sie möchten, dass der „Bote Veit“ klar erkennbar sei und nicht wie jetzt nur einem klassischen Ampelmännchen ähnlich sehe. Er ergänzt, dass das rote Ampelmännchen nicht im Fokus ihrer Überlegungen gestanden habe, zeige sich aber offen für eine Anpassung, sofern dies sinnvoll sei.

Herr Roling bestätigt, dass es in vielen Kommunen üblich sei, individuelle Ampelmännchen zu gestalten und dies grundsätzlich möglich sei. Allerdings müsse bei der Gestaltung von lichtsignalanlagenbezogenen Sinnbildern die Einhaltung von Richtlinien und Vorgaben zwingend eingehalten werden. Er betont, dass die Erkennbarkeit der Signale, insbesondere die Unterscheidung zwischen Rot für „Stehen“ und Grün für „Gehen“, gewährleistet sein müsse. Er weist darauf hin, dass das vorgestellte Männchen nicht von einem Designer stamme und auch die Umsetzung in Bezug auf die Detailgenauigkeit des Designs durch LED-Technik oder Silhouetten-Darstellungen begrenzt sei. Weiter hebt er hervor, dass die Straßenverkehrsbehörde die Einhaltung der Gestal-

tungsrichtlinien und der Straßenverkehrsordnung sicher stelle müsse, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Herr Jansen weist darauf hin, dass ein Beschluss zur Einführung alternativer Sinnbilder möglicherweise von der Verwaltung aus rechtlichen Gründen nicht umgesetzt werden könne. Er schlägt vor, zwei alternative Beschlussvorschläge zu formulieren, um Verzögerungen im Falle einer Ablehnung zu vermeiden.

Herr Dieckmann weist darauf hin, dass die Straßenverkehrsbehörde die Verantwortung für die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben trage und das politische Entscheidungen in diesem Bereich nicht bindend seien. Er betont, dass die Haftungsfrage eine zentrale Rolle spiele und die Behörde daher vorsichtig agiere.

Herr Isfort regt an, das Design der Sinnbilder erneut zu prüfen und überarbeiten zu lassen. Er schlägt vor, die Grundsatzentscheidung zur Einführung der neuen Sinnbilder zu treffen, jedoch das finale Design vor einer endgültigen Umsetzung erneut zur Abstimmung vorzulegen. Weiter regt er an, die Straßenverkehrsbehörde zu bitten, Erfahrungen aus anderen Städten einzuholen, um daraus mögliche Erkenntnisse zu gewinnen.

Herr Dieckmann betont erneut, dass die Straßenverkehrsbehörde aufgrund der Haftungsfrage vorsichtig agiere und dass die Verantwortung bei der Behörde und nicht bei der Politik liege. Er schlägt vor, die Prüfergebnisse anderer Städte abzuwarten und das Design der Sinnbilder durch ein externes Büro überarbeiten zu lassen.

Herr Schaper äußert Unverständnis darüber, dass in anderen Städten wie Emden alternative Ampelmännchen, wie z. B. Ottifanten, genehmigt worden seien, während dies in Rheine als problematisch angesehen werde. Er fordert eine wohlwollende Prüfung durch die Straßenverkehrsbehörde.

Herr Jansen erklärt, dass die Verwaltung in ihren Entscheidungen Ermessenspielraum habe und dass unterschiedliche handelnde Personen möglicherweise zu abweichenden Ergebnissen kommen können.

Herr Dieckmann weist noch einmal darauf hin, dass diese Entscheidung eine Haftungsfrage beinhalte, wobei der Mitarbeiter der Straßenverkehrsbehörde ggfls. hafte, wenn dies als grobe Fahrlässigkeit gewertet werde.

Herr Jansen formuliert einen möglichen Beschlussvorschlag wie folgt:

„Der Bau- und Mobilitätsausschuss empfiehlt der Straßenverkehrsbehörde, an den signalisierten Kreuzungen

- Kardinal-Galen-Ring / Bahnhofstraße
- Kardinal-Galen-Ring / Münsterstraße

Die vorhandenen Sinnbilder für das Fußgänger-Grün (Gehen) mit dem stilisierten Sinnbild der Figur „gehender Bote Veit mit Hund“, entsprechend der in der Anlage dargestellten Gestaltung, auszutauschen.

Darüber hinaus soll nochmals anhand von Beispielkommunen, die auch ein anders stilisiertes Ampelmännchen eingeführt haben, geprüft werden, wie dort die rechtliche Begründung ausgehen habe. Falls dann entschieden würde, doch bei einem normalen roten Männchen zu bleiben, würden dann entsprechende Designvorschläge in einer der nächsten Sitzung des Bau- und Mobilitätsausschusses präsentiert, um dann über das Design zu entscheiden.“

Herr Dieckmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag jetzt nicht sofort zu fassen, sondern die Ausführungen von Herrn Jansen als Arbeitsauftrag mitzunehmen und die Ergebnisse der Prü-

fungen und die Überarbeitung des Designs abzuwarten. Danach werde man mit einem Beschlussvorschlag in einer der nächsten Sitzungen den Sachverhalt wieder vorstellen.

Die Mitglieder des Ausschusses einigen sich darauf, den Beschluss heute nicht zu fassen und die Vorlage abzusetzen und zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: abgesetzt
mehrheitlich mit 3 Gegenstimmen

12. Rückbau der Bahnüberführung zwischen Karolinenstraße und Hedwigstraße Vorlage: 093/26

Herr Jansen erklärt, dass man sich mit dem Tagesordnungspunkt nur inhaltlich, ohne Beschlussfassung, befassen werde. Die Beschlussfassung werde man dann in der nächsten Sitzung nachholen.

Herr Roling zeigt anhand eines Lageplanes den Bereich um den es geht. Er erklärt, dass die südlich der Bahnlinie verlaufende Hedwigstraße früher einmal die Bundesstraße gewesen sei. Bis das neue Bauwerk an der B 481 mit Unterführung unter die Bahnstrecke gebaut worden sei, habe es nur diese kleine Unterführung im Bereich der Karolinenstraße und Hedwigstraße und die Unterführung im Bereich Melkeplatz gegeben. Weitere Querungsmöglichkeiten seien aktuell einmal die Bahnüberführung Hafenbahn/Melkeplatz mit der Catenhorner Straße im Westen und die Bahnüberführung Hörstkamp weiter im Osten, die vor einigen Jahren von einer plangleichen Kreuzung zu einer Unterquerung der Bahnanlage umgebaut worden sei. Herr Roling weist darauf hin, dass das Bahnüberführungsbauwerk Hedwigstraße aus dem Jahr 1926 stamme und bis zu den 90er Jahren, dem Bau der Bahnbrücke B 481, die einzige reine Fuß- und Radwege Unterquerung gewesen sei. Im Zuge des Ausbaus der B 481 sei eine Bahnbrücke mit beidseitigen Geh-Radwegen als Unterquerung der Bahnanlage in unmittelbarer Nähe geschaffen worden. Durch regelmäßige Bauwerksüberprüfungen, die an der Karolinenstraße/Hedwigstraße letztmalig im Jahr 2022 durchgeführt wurden, sei festgestellt worden, dass das Bauwerk bis 2030 zu erneuern sei, da sich eine Instandsetzung wirtschaftlich nicht mehr darstellen ließe. Somit käme nur einer Erneuerung oder ein Rückbau in Frage. Nachfolgend sei die Bahn an die Stadt Rheine als Straßenbaulastträger der zuführenden Wege herangetreten und in den Austausch gegangen, welche Maßnahmen vorgenommen werden können. Die Bahn präferiere, wie in der Vorlage dargestellt, den Rückbau der Überführung. Das würde heißen, wenn die Stadt Rheine das Bauwerk erneuert haben möchte und somit ein Verlangen ausspreche, werde man auch an den Kosten, die ca. 4 Mio. Euro betragen, beteiligt. Bei einer Erneuerung wäre man zudem an die neuen Kriterien bzgl. Höhe und Breite des Bauwerks gebunden. Daher würde ein Erneuerungsbauwerk größer dimensioniert werden müssen als das bestehende, was sich auch auf die Kosten auswirke. Aufgrund der Kosten und der Tatsache, dass diese Wegeverbindung nicht zum Haupt- oder Nebennetz der Geh-Radwege gehöre, habe man verwaltungsseitig von einer Erneuerung abgesehen.

Herr Havers äußert Zweifel an der Notwendigkeit der Erneuerung der Unterführung und schildert persönliche Beobachtungen zu Zustand des Bauwerkes.

Herr Rauhs stimmt der Einschätzung zu, dass ein Verzicht auf die Unterführung volkswirtschaftlich sinnvoll sei. Er regt an, mit der Bahn über mögliche Kompensationen zu verhandeln, beispielsweise durch Verbesserungen an anderen Stellen, wie z. B. breitere Radwege.

Herr Dieckmann entgegnet, dass die Bahn kein „Basar“ sei. Wenn die Stadt das Verlangen aussprechen würde, würde die Stadt auch die Kosten tragen müssen.

Herr Beckmann erklärt, dass sie dem vorgeschlagenen Beschlussvorschlag folgen werden.

Herr Albers betont die Bedeutung von Querungsmöglichkeiten für Radfahrer und Fußgänger, hält jedoch die Kosten für eine Erneuerung ebenfalls für unverhältnismäßig, da alternative Querungen in der Nähe vorhanden seien.

Herr Isfort unterstützt die Idee, mögliche Vorteile für die Stadt Rheine in Gesprächen mit der Bahn zu prüfen, ohne jedoch von einem „Basar“ zu sprechen.

Herr Dieckmann weist darauf hin, dass die Stadt Rheine bereits in verschiedenen Themenfeldern mit der Bahn im Austausch stehe, darunter der Bahnhofsvorplatz und der SPNV-Verkehr nach Spelle usw.

Herr Finke regt an, bis zur nächsten Sitzung genauere Informationen zur statischen Begründung der Bahn einzuholen, um die Entscheidung nachvollziehbarer zu machen.

Herr Grundke schlägt vor, den Stadtteilbeirat in die Diskussion mit einzubinden, da die Bürger sich vermutlich an diesen wenden würden.

Herr Dieckmann erklärt, dass die Vorlage öffentlich sei und die Verwaltung keine zusätzlichen Präsentationen im Stadtteilbeirat plane. Außerdem werde man keine Statik des Gutachters der Bahn nachrechnen. Wenn die Statiker der Bahn dieses Gutachten als Grundlage nehmen, werde man die Richtigkeit nicht anzweifeln.

Herr Jansen schließt den Tagesordnungspunkt, da es hier erst einmal nur um den Informationsaustausch gegangen sei.

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

13. **Ausbau Starenweg I (Inv. 95410010201815)**
(Teil I: Kreuzung bis westl. Wendehammer)
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 339,
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 070/26

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen.

- Beschlussvorschläge siehe Begründung -

Zu II: Festlegung des Bauprogrammes

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt nachfolgendes Bauprogramm für den Ausbau:

Starenweg (Kreuzung bis westl. Wendehammer) / verkehrsberuhigter Bereich

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
 - a) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
 - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit Baum-/Strauchbepflanzung und mit Unterpflanzung
 - c) Parkständen mit Unterbau und einer Decke aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. **Ausbau Starenweg II (Inv. 95410010201815)
(Teil II: Surenburgstr. bis östl. Wendehammer - inkl. Stichweg)
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 339,
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger
II. Festlegung des Bauprogramms
Vorlage: 069/26**

Beschluss:

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben der Anlieger

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt die unter Ziffer I / Begründung aufgeführten Abwägungen.

- entfällt -

Zu II: Festlegung des Bauprogrammes

Der Bau- und Mobilitätsausschuss beschließt nachfolgendes Bauprogramm für den Ausbau:

**Starenweg (Surenburgstr. bis östl. Wendehammer - inkl. Stichweg) /
verkehrsberuhigter Bereich**

Ausbau im Mischprinzip mit folgenden Teileinrichtungen:

1. Mischfläche, bestehend aus
 - b) niveaugleicher Fahr- und Gehwegfläche mit Unterbau und einer Decke aus grauem bzw. rotem Betonsteinpflaster
 - b) Verkehrsgrün, bestehend aus Grünbeeten mit/ohne Baum-/Strauchbepflanzung und mit Unterpflanzung
 - c) Parkständen mit Unterbau und einer Decke aus anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
2. betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung
3. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Anfragen und Anregungen

Herr Murali bittet um einen kurzen Sachstand zur Engernstraße, ab wann dort wieder die Busse durchfahren können. Weiter möchte er wissen, wie es um den Fertigstellungstermin des Kreisverkehrs am Lingener Damm stehe.

Herr Roling erklärt, dass die genaue Zeitplanung bei der Bauleitung der TBR erfragt werden müsse, sowohl für die Engernstraße als auch für den Kreisverkehr. Der Kreisverkehr sei bisher für den Sommer 2026 geplant, wobei der genaue Monat noch zu klären sei.

Herr Havers erklärt, dass an der Dutumer Straße vor einem Jahr die Bäume bis auf einen Meter zurückgeschnitten worden seien. Er möchte wissen, ob ein Ausbautermin schon feststehen würde.

Herr Roling erklärt, dass das Leistungsverzeichnis erstellt sei und die Veröffentlichung der Ausschreibung werde, abhängig vom Haushalt, in den kommenden Wochen oder Monaten veröffentlicht.

Herr Grundke weist auf die Verkehrssituation im Schotthock hin, die sich aufgrund des Kreisverkehrs verschärft habe. Er berichtet, dass Anwohner sich über die Nutzung der Straße durch Fahrschulen, LKWs und Busse beschwerten. Er fragt, ob diesbezüglich noch etwas zur Entschärfung geplant sei.

Herr Roling erklärt, dass man mit der Bauleitung, der Straßenverkehrsbehörde und der Planungsabteilung Anregungen gesammelt habe, um mögliche Maßnahmen zu entwickeln. Man werde im Bereich der Bonifatiusstraße, vor der Kreuzung mit der Rolandstraße, ein Halteverbot einrichten, um die Verkehrssituation an der Ampelkreuzung zu entspannen. Eine ähnliche Maßnahme werde man im Einmündungsbereich zur Ludgeristraße umsetzen, da dort aufgrund starker Verkehrsbelastung Begegnungsverkehre erschwert seien und Grundstücksein- und -ausfahrten blockiert werden. Zudem berichtet er über den schlechten Zustand der Walshagenstraße und Liobastraße, die zum Teil noch als Schotterstraße bestehen. Aufgrund der Witterungseinflüsse und der Befahrung durch Fahrzeuge und Lkws habe sich der Zustand verschlechtert. Herr Roling kündigt an, dass die Baustellenumleitung, die über die Sandkampstraße und den Konrad-Adenauer-Ring ausgeschildert sei und mit zusätzlichen Hinweisen an den Absperrereinrichtungen im Bereich des Lingener Damm besser kommuniziert werde. Darüber hinaus gebe es im Bereich Walshagenstraße Ecke Römerstraße eine Sperreinrichtung, sodass nur noch Radfahrern die Durchfahrt möglich sei.

Herr Hespig ergänzt, dass die Bonifatiusstraße bereits bei der ersten Sperrung stark frequentiert gewesen sei, was sich erneut bestätigt habe. Er spricht sich für die Einrichtung einer Tempo-30-Zone aus, da insbesondere Schülerinnen und Schüler auf der Straße unterwegs seien und es oft zu gefährlichen Situationen komme. Er betont, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis ein Unfall passiere.

Herr Isfort äußert Verständnis für die geplanten Maßnahmen und hebt hervor, dass der Verkehr durch die Industrie in Rheine zugenommen habe. Er unterstützt die Bemühungen, die Verkehrssituation zu entlasten, weist jedoch darauf hin, dass es zunächst zu einer Verschlechterung kommen könne, bevor Verbesserungen spürbar würden. Er betont, dass verkehrswidriges Verhalten nicht toleriert werden dürfe und die geplanten Maßnahmen langfristig zu einer Verbesserung führen sollen, insbesondere im Hinblick auf den geplanten Kreisverkehr.

Frau Wellmann regt an, die Melde-App der Stadt Rheine stärker publik zu machen, da viele Bürgerinnen und Bürgern deren Existenz nicht bewusst sei. Sie schlägt vor, die Bekanntmachung über verschiedene Kanäle zu intensivieren, um die Anzahl der Anrufe bei der Verwaltung zu reduzieren.

Herr Dieckmann weist darauf hin, dass die App über Social Media und in der Vergangenheit auch in der MV beworben worden sei. Er regt an die Information erneut aufzufrischen, betont jedoch, dass die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger ebenfalls eine Rolle spielen würde.

Ende der Sitzung:

19:55 Uhr

Christian Jansen
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin